

**STATISTISCHES  
BUNDESAMT  
WIESBADEN**

## **Wirtschaftskalender**

**1. Vierteljahr 1966**



**VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ**

## I n h a l t

	Seite
1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse im 1. Vierteljahr 1966	3
2. Klimadaten und vorherrschende Witterung	12
3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage	12

Erschienen im Juni 1966

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM -,50

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse  
im 1. Vierteljahr 1966

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
1	1. Januar	<p align="center">Januar</p> <p>Arbeitszeitverkürzung für gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte auf 40 Wochenstunden in der Hohlglasindustrie im Bundesgebiet;</p> <p>auf 42 1/2 Wochenstunden im Einzelhandel in Schleswig-Holstein, Hamburg, Baden-Württemberg und Bayern</p>	<p>Arbeitszeit</p> <p>Produktion</p> <p>Produktionskosten</p> <p>Löhne und Gehälter</p>
2		<p>Erhöhung der Löhne und Gehälter in der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie im Bundesgebiet</p> <p>a) ab 1. Januar 1966 (in Bayern ab 1. April 1966) um 6 %,</p> <p>b) ab 1. Januar 1967 (in Bayern ab 1. April 1967) um 1,9 % (Löhne) und um 2 % (Gehälter); einschließlich Lohnausgleich von 3,1 % für die am 1. Januar 1967 eintretende Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden erhöhen sich die Lohnkosten unter b) um 5 %</p>	<p>Löhne und Gehälter</p> <p>Produktionskosten</p>
3		Ecklöhne in der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie im Bundesgebiet um 17 Pf bis 29 Pf je Stunde (um 6,7 % bis 7,7 %) erhöht, in Niedersachsen ab 1. Februar 1966	<p>Löhne</p> <p>Produktionskosten</p>
4		Gehälter im privaten Bankgewerbe im Bundesgebiet um 6 % erhöht	Gehälter
5		Mit Beginn der dritten Stufe des Gemeinsamen Marktes Inkrafttreten neuer Abstimmungsregeln im Ministerrat der EWG; Ratsbeschlüsse in bestimmten Bereichen nunmehr mit qualifizierter Mehrheit	
6		<p>In der EWG B i n n e n - Z o l l s ä t z e für gewerbliche und landwirtschaftliche Erzeugnisse planmäßig um 10 % der Ausgangs-Zollsätze gesenkt,</p> <p>für gewerbliche Erzeugnisse auf 20 %, für liberalisierte Agrarwaren auf 40 %, für nichtliberalisierte auf 35 % der Ausgangs-Zollsätze.</p> <p>In der Bundesrepublik Deutschland die genannte Binnenzollsenkung für gewerbliche Erzeugnisse zum größten Teil bereits durch die konjunkturpolitische Zollsenkung vom 1. Juli 1964 vorweggenommen.</p>	<p>Zölle</p> <p>Außenhandel</p>

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse  
im 1. Vierteljahr 1966

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
noch 6	noch 1. Januar	<p><b>A u ß e n - Z o l l s ä t z e :</b></p> <p>Für landwirtschaftliche Erzeugnisse zweite Angleichung an die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs durch Verminderung des Abstandes zwischen den Ausgangs-Zollsätzen und den Sätzen des Gemeinsamen Zolltarifs um weitere 30 %.</p> <p>Für gewerbliche Erzeugnisse die gemäß Ministerratsbeschluß vom 2. April 1963 fällige Angleichung an die ungekürzten Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs vorläufig unterblieben, Außen-Zollsätze unverändert auf dem Stand, der bisher durch zwei Angleichungen an die provisorisch um 20 % gesenkten Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs erreicht wurde.</p> <p>(Inkrafttreten des Deutschen Zolltarifs 1966. Zolltarif-Verordnung vom 10. Dezember 1965). (Erste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1966 - Senkung von Binnen-Zollsätzen -. Vom 22. Dezember 1965)</p>	
7		<p>Anpassungen in den gesetzlichen Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten:</p> <p>Aus Anlaß der Veränderung der allgemeinen Bemessungsgrundlage für das Jahr 1965 Erhöhung der seit 1964 oder früher laufenden Renten aus den Rentenversicherungen für Arbeiter und Angestellte um 8,3 %, aus der knappschaftlichen Rentenversicherung um 7,1 %.</p> <p>(Achstes Renten Anpassungsgesetz vom 22. Dezember 1965).</p> <p>Bezugsgrößen: Durchschnittliches Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten für das Kalenderjahr 1964 8467 DM (knappschaftliche Rentenversicherung 8556 DM). Allgemeine Bemessungsgrundlage für im Jahre 1966 eintretende Versicherungsfälle 7857 DM (knappschaftliche Rentenversicherung 7939 DM).</p> <p>(Neunte Verordnung über Änderungen der Bezugsgrößen vom 20. Dezember 1965).</p> <p>Ergänzung der Beitragsklassen</p> <p>a) um Beitragsklasse XXVI bzw. S für monatliches Bruttoarbeitsentgelt von mehr als 1225 DM bis 1275 DM; Monatsbeitrag 175 DM;</p> <p>b) um Beitragsklasse XXVII bzw. T für monatliches Bruttoarbeitsentgelt von mehr als 1275 DM; Monatsbeitrag 182 DM.</p> <p>(Achte Verordnung zur Ergänzung der Beitragsklassen vom 21. Dezember 1965).</p>	<p>Sozialversicherung</p> <p>Renten</p> <p>Einkommen</p> <p>Privater Verbrauch</p>

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse  
im 1. Vierteljahr 1966

Fd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
noch 7	noch 1. Januar	Beitragsbemessungsgrenze für das Kalenderjahr 1966 15 600 DM für Jahres-, 1 300 DM für Monatsbezüge (knappschaftliche Rentenversicherung 19 200 DM für Jahres-, 1 600 DM für Monatsbezüge). (Bekanntmachung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 21. Dezember 1965)	
8		In der gesetzlichen Unfallversicherung die vom Jahresarbeitsverdienst abhängigen Geldleistungen für 1963 oder früher eingetretene Unfälle mit Wirkung vom 1. Januar 1966 um 8,9 % erhöht, und zwar aus Anlaß der Veränderungen der durchschnittlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme zwischen den Kalenderjahren 1963 und 1964. (Achstes Renten Anpassungsgesetz vom 22. Dezember 1965)	Sozialversicherung Einkommen
9		Inkrafttreten der neuen Vorschriften des Mutterschutzgesetzes nach dem Gesetz zur Änderung des Mutterschutzgesetzes und der Reichsversicherungsordnung. Vom 24. August 1965. Bestimmungen u.a. über Gestaltung des Arbeitsplatzes, Beschäftigungsverbote, darunter Verlängerung der Schutzfrist der Wöchnerinnen von 6 auf 8 Wochen, Kündigungsverbot, Vorsorgeuntersuchungen auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung. Durch das Haushaltssicherungsgesetz vom 20. Dezember 1965 Inkrafttreten der Bestimmungen über Gewährung von Mutterschaftsgeld für die Dauer der Schutzfristen auf den 1. Januar 1967 verschoben	Sozialversicherung Staatsausgaben Lohnnebenkosten
10		Inkrafttreten des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr vom 27. August 1965. Erstattung der Fahrgeldausfälle aus Bundesmitteln an die zur unentgeltlichen Beförderung verpflichteten Unternehmen nach festgesetzten Vomhundertsätzen der nachgewiesenen Fahrgeldeinnahmen ab 1. April 1950 auf Antrag. Durch das Haushaltssicherungsgesetz vom 20. Dezember 1965 Zahlung eines Teilbetrages um ein Jahr aufgeschoben	Staatsausgaben Gemeindefinanzen
11		Erhöhung der Wertgrenze für Kleinsendungen im erleichterten Einfuhrverfahren (Jedermann-Einfuhr). Entsprechend der seit 1. Juni 1965 von 200 DM auf 240 DM erhöhten Warenwertgrenze für Anwendung der pauschalierten Eingangsabgabensätze nunmehr auch Wegfall von Einfuhrgenehmigung und Einfuhrerklärung bis zu einem Grenzübergangswert von 240 DM	Einfuhr

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse  
im 1. Vierteljahr 1966

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
noch 11	noch 1. Januar	je Einfuhrsendung. (Inkrafttreten der Siebenten Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung. Vom 27. Dezember 1965)	
12		Einführung der tarifbegünstigten Sendungsart "Phonopost" im internationalen Postdienst für Versand von Platten, Bändern, Drähten oder ähnlichen Trägern von Tonaufnahmen mit oder ohne Tonaufzeichnungen, ausgenommen handelsübliche Schallplatten. Gebühr je 50 g 30 Pf; Höchstgewicht 1000g	Verkehr Verkehrspreise
13		Inkrafttreten der vom Rat der OECD beschlossenen neuen Bestimmungen des Europäischen Währungsabkommens (EWA). Gemäß Übereinkunft der europäischen Mitgliedländer der OECD Verlängerung der Geltungsdauer des EWA um drei Jahre bis Ende 1968. Erleichterungen bei Kreditgewährung und Saldenfinanzierung des multilateralen Zahlungssystems	
14		Im Verkehr zwischen den Mitgliedstaaten der EFTA Zölle für gewerbliche Erzeugnisse um 10 % auf 20 % des Standes vom 1. Januar 1960 gesenkt	Außenhandel
15		Währungsumstellung in Jugoslawien. 100 Dinar der alten = 1 Dinar der neuen Währung	Währungen
16		Währungsumstellung in Brasilien. 1000 Cruzeiro der alten = 1 Cruzeiro der neuen Währung	Währungen
17		Zusammenschluß der Republik Kamerun mit den Mitgliedstaaten der Äquator-Zollunion (Gabun, Kongo-Brazzaville, Tschad, Zentralafrikanische Republik) zur Zentralafrikanischen Zoll- und Wirtschaftsunion in Kraft getreten	Außenhandel
18	7. Januar	Begebung einer Anleihe der Bundesrepublik Deutschland von 1966 in Höhe von 250 Mill. DM. Zinssatz 7 %, Ausgabekurs 98 1/4 %, Laufzeit 10 Jahre. Zur Zeichnung aufgelegt am 25. Januar 1966, nach einigen Tagen untergebracht	Geld und Kredit
19		Abgabesätze für Geldmarktpapiere der Deutschen Bundesbank erhöht für Schatzwechsel des Bundes und der Bundesbahn um 1/8 % je nach Laufzeit auf 3 7/8 % und auf 4 %,	Geld und Kredit

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse  
im 1. Vierteljahr 1966

fd. r.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
och 19	noch 7. Januar	für unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und Bundespost um $1\frac{1}{2}\%$ je nach Laufzeit auf $4\frac{7}{8}\%$ bis $5\frac{1}{4}\%$ , für Vorratsstellenwechsel um $1\frac{1}{8}\%$ je nach Lauf- zeit auf $4\%$ und auf $4\frac{1}{8}\%$	
20	12. Januar	Vom Libanon die seit 1954 für die Einfuhr von Wa- ren aus der Bundesrepublik Deutschland bestehen- den besonderen Kontrollbestimmungen vorläufig aufgehoben	Außenhandel
21	21. Januar	Deutsch-türkisches Abkommen über projektgebundene, zum überwiegenden Teil für türkische Bezüge in Deutschland bestimmte Finanzhilfe in Höhe von 80 Mill. DM unterzeichnet	Staatsausgaben Zahlungsbilanz Außenhandel
22	26. Januar	Deutsch-pakistanisches Abkommen über projektgebun- dene Kapitalhilfe paraphiert. 110 Mill. DM Fi- nanzhilfe und 42,5 Mill. DM Bürgschaftshilfe für Lieferantenkredite	Staatsausgaben Zahlungsbilanz Außenhandel
23	31. Januar	Beginn des Winterschlußverkaufs (Ende 12. Februar)	Großhandel Einzelhandel
24	Januar	Kurssicherungshilfe der Deutschen Bundesbank für Devisentermingeschäfte bei Ankauf von US-Dollar zur Anlage in amerikanischen Schatzanweisungen zur Zeit eingestellt	Geld und Kredit Zahlungsbilanz
25		Sich rasch ausbreitende Maul- und Klauenseuche mit Schwerpunkten in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen löst umfassende Sperrmaßnahmen und Einleitung der Schutzimpfung des gesamten Rin- derbestandes der Bundesrepublik Deutschland aus	Landwirtschaft Staatsausgaben Außenhandel
26	1. Februar	Februar Inkrafttreten der Verordnung PR Nr. 1/66 über die Aufhebung der Preisvorschriften für öffentlich- rechtliche Gebühren und Beiträge. Vom 2. Februar 1966. Die seit 1936 bestehende Preisbindung, soweit nicht schon durch Preisfreigabeordnung von 1948 beseitigt, nunmehr aufgehoben u.a. für eine Reihe kommunalrechtlicher Abgaben und Benutzungsgebüh- ren, ferner für die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (jedoch Obergrenze gemäß Reichsversicherungsordnung 11 % des Grundlohnes). Von der Aufhebung der Preisvorschriften weiterhin ausgenommen Pflegesätze von Krankenanstalten, ei- nige andere Gebühren, insbesondere Konzessionsab- gaben und Entgelte für Elektrizitätslieferungen	Gemeindefinanzen Sozialversicherung

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse  
im 1. Vierteljahr 1966

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen i folgenden Sachgebieten
27	12. Februar	Deutsche Beteiligung am Grundkapital der Asiatischen Entwicklungsbank von 120 Mill. DM auf 136 Mill. DM erhöht	Staatsausgaben Zahlungsbilanz
28	14. Februar	Übergang zur Dezimalwährung in Australien. 1 australischer Dollar = 100 Cent = 1/2 austral. Pfund der bisherigen Währung = rd. 4,40 DM	Währungen
29	15. Februar	Inkrafttreten der Verordnung über die Senkung von Abschöpfungssätzen bei der Einfuhr von Schweinen und Schweinefleisch. Vom 15. Februar 1966. Anwendung der am 29. Dezember 1965 um durchschnittlich 20 DM je 100 kg gesenkten Abschöpfungssätze bis 12. März 1966 verlängert	Einfuhr Abschöpfungen Preise
30	18. Februar	"Grüner Plan 1966" von Bundesregierung dem Deutschen Bundestag und Bundesrat vorgelegt. Einschließlich eines Betrages von 770 Mill. DM auf Grund des EWG-Anpassungsgesetzes vom 9. September 1965, durch Haushaltssicherungsgesetz vom 20. Dezember 1966 auf obigen Betrag begrenzt, Gesamtaufwendungen in Höhe von 3 126,1 Mill. DM vorgesehen, und zwar für: 1. Verbesserung der Agrarstruktur a) technische Maßnahmen 916,0 Mill. DM b) Kreditverbilligung 329,6 " " 1) 2. Verbesserung der Einkommenslage der landwirtschaftlichen Bevölkerung 832,0 " " 3. Verbesserung der sozialen Lage in der Landwirtschaft 765,0 " " 4. Verbesserung der Betriebsstruktur 133,5 " " 5. Verbesserung der Marktstruktur 150,0 " " 1) hiervon rd. vier Fünftel für Bedienung der seit 1954 eingegangenen Verpflichtungen	Landwirtschaft Staatsausgaben Einkommen Geld und Kredit
31		Bekanntgabe der vorläufigen Richtlinien des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau über den Einsatz der Bundesmittel zur Förderung des Wohnungsbaues für ausländische Arbeitnehmer. Vom 9. November 1965. Durch die den Ländern als Darlehen gewährten Bundesmittel die Gesamtfinanzierung des Baues von Familienwohnungen ergänzt, der mit Finanzierungshilfen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gefördert ist	Wohnungsbau Staatsausgaben



1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse  
im 1. Vierteljahr 1966

fd. r.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
32	19. Februar	Zollaussetzung bei Einfuhr zerlegbarer Holzhäuser sowie bestimmter Zement- und Betonwaren aus dritten Ländern bis 31. Dezember 1966 verlängert; mit Wirkung vom 1. Januar 1966 bei Einfuhr aus Mitgliedländern der EWG auch Teilsendungen zollfrei. (18. Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollsatzes 1966 - Holzhäuser und Fertigbauteile -. Vom 19. Februar 1966). (Verordnung zur Senkung von Binnen-Zollsätzen - Teile zerlegbarer Holzhäuser -. Vom 19. Februar 1966).	Zölle Einfuhr Bauwirtschaft
33	23. Februar	Die Abgabesätze unverzinslicher Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und Bundespost um 1/8 % erhöht	Geld und Kredit
34	24. Februar	Die am 1. April 1965 beschlossene Erhöhung der Mitgliederquoten des Internationalen Währungsfonds um 25 % wirksam geworden; stärkere Erhöhung der Quoten einiger Länder, der der Bundesrepublik Deutschland von 787,5 Mill. auf 1 200 Mill. US-Dollar	Staatsausgaben Zahlungsbilanz
		März	
35	1. März	Löhne in der Schuhindustrie im Bundesgebiet um 5,3 % erhöht	Löhne Produktionskosten
36		Inkrafttreten neuer Eisenbahntarife im Personenverkehr. Erhöht um durchschnittlich 6,25 %, am stärksten im Nahverkehr. Erstmals degressive Staffelung der Kilometerfahrpreise nach Entfernung. Die Ermäßigungen bei Sozialtarifen verringert	Verkehrspreise
37		Durch Verordnung zur Änderung der Postreisegebührenordnung vom 12. Februar 1966 Erhöhung verschiedener Gebühren, darunter der Kilometergebühr von 8 Pf auf 8,5 Pf, in Kraft getreten	Verkehrspreise
38	2. März	Verbilligung von Darlehen zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Altbau-Wohngebäuden künftig nur noch für Hauseigentümer mit geringerem Einkommen möglich. (Änderung und Neufassung der Richtlinien des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau vom 2. März 1966)	Staatsausgaben Wohnungen

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse  
im 1. Vierteljahr 1966

Lfd. Nr.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
39	4. März	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und Bundespost um 1/8 % erhöht	Geld und Kredit
40	9. März	Vom Bundeskabinett Sofortprogramm zur finanziellen Neuordnung des Sondervermögens Bundespost beschlossen. Bis auf weiteres Kürzung der jährlichen Ablieferungen der Bundespost an den Bund, Übernahme des Schuldendienstes für neu aufzunehmendes Fremdkapital in bestimmter Höhe, eines Teiles der betriebsfremden Lasten ab 1. Januar 1967 sowie eines Teiles der Ausgaben für Versorgung der verdrängten Ruhestandsbeamten ab 1. Januar 1968 durch den Bund	Staatsausgaben
41	14. März	Im Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen Frachtsätze für Stückgut um durchschnittlich 6,4 %, für die Ladungsklassen im Regeltarif um durchschnittlich 7 % erhöht, bei den 5- und 10-t-Klassen Marge von 5 % eingeführt, eine Reihe von Ausnahmetarifen aufgehoben. (Inkrafttreten der Verordnung TSF Nr. 3/66 über Tarife für den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. März 1966)	Verkehrspreise
42	15. März	Im deutschen Eisenbahn-Gütertarif Regeltarife für Wagenladungen um durchschnittlich 5,6 %, für Stückgut um durchschnittlich 14,5 % heraufgesetzt, 25-t-Wagenladungsklasse eingeführt, Zahl der Güterklassen von fünf auf drei verringert. Erhöhung der internationalen Gütertarife, soweit auf dem Regeltarif basierend, zum 1. April 1966 vorgesehen	Verkehrspreise
43	21. März	Chile projektgebundene Kapitalhilfe in Höhe von 43,4 Mill. DM zur Verfügung gestellt	Staatsausgaben Zahlungsbilanz
44	23. März	Durch Verordnung Nr. 28/66/EWG der Kommission vom 23. März 1966 Mitgliedstaaten ermächtigt, Butter aus staatlichen Lagerbeständen unter bestimmten Bedingungen zu herabgesetzten Preisen an die verarbeitenden Industrien zu verkaufen	Staatsausgaben
45	29. März	Einfuhr von Ferrochromlegierungen und Roheisen aus Rhodesien mit Wirkung vom 29. März 1966 genehmigungspflichtig. Keine Genehmigung für Einfuhren auf Grund neuer Kontrakte. (24. Verordnung zur Änderung der Einfuhrliste - Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz - Vom 25. März 1966)	Einfuhr

1. Die sich auf die Bundesstatistik auswirkenden wichtigsten Ereignisse  
im 1. Vierteljahr 1966

fd. r.	Datum	Ereignis	mögliche Auswirkungen in folgenden Sachgebieten
46	30. März	Durch Verordnung Nr. 37/66/EWG des Rates vom 30. März 1966 über Maßnahmen bei den Preisen für Milch und Milcherzeugnisse im Wirtschaftsjahr 1966/67 u.a.  Senkung der deutschen staatlichen Beihilfe für an Molkereien gelieferte Milch um 0,3 Pf je kg angeordnet, eine weitere Senkung um 0,7 Pf je kg bedingt auf einen späteren Zeitpunkt festgesetzt, die Schwellenpreise für die meisten Milcherzeugnisse in sämtlichen Mitgliedländern erhöht, zum Teil wegen der Anhebung des Richtpreises für Milch in einzelnen Mitgliedländern, zum Teil infolge der angeordneten Verringerung der staatlichen Beihilfen	Landwirtschaft Preise Außenhandel
47		Einfuhr von Kartoffeln alter Ernte aus dritten Ländern bis 30. April 1966 zollfrei. (Entscheidung des Rates der EWG vom 30. März 1966)	Einfuhr Preise
48	März	Indien zusätzlicher langfristiger Kredit in Höhe von 12 Mill. DM gewährt	Staatsausgaben Zahlungsbilanz Außenhandel
49		Tankstellenpreise für Benzin von den Mineralölgesellschaften um 0,5 Pf bis 4 Pf je Liter gesenkt	Preise

## 2. Klimadaten und vorherrschende Witterung

Monat	Abweichung der mittleren Lufttemperatur in °C vom langjährigen Mittel	Niederschlags- menge	Sonnenschein- dauer	Vorherrschende Witterung
		in % der langjährigen Durchschnitte		
Januar	-2,2 bis -1,0	60 bis 120 <sup>1)</sup>	80 bis 150 <sup>2)</sup>	Infolge der vom 4. bis 21./22. anhaltenden Kälteperiode zu kalt und mit Ausnahme des Südwestens überwiegend zu trocken
Februar	+4,5 bis +6,0 <sup>3)</sup>	80 bis 200 <sup>4)</sup>	50 bis 90	Zu warm, im Süden wärmster Februar seit 1851. Zu naß mit Ausnahme einiger Gebiete im Süden und Südwesten. - Im Norden vom 7. bis 18. winterlich, intensive Schneefälle, zeitweise Dauerfrost (quer durch Deutschland verlaufende Luftmassengrenze)
März	-1,5 bis 0,0 <sup>5)</sup>	90 bis 230 <sup>6)</sup>	60 bis 90	Zu naß und, abgesehen vom Küstengebiet, etwas zu kalt. Um die Monatsmitte verbreitet Schnee und Frost

- 1) Südwesten 80 % bis 140 %, Bayern 50 % bis 100 %.
- 2) Norden 50 % bis 85 %.
- 3) Nördlich der nördlichen Mittelgebirge meist 0° bis +2°C, südlich des Mains größtenteils zwischen +6° und +7°C.
- 4) Norddeutschland 140 % bis 240 %.
- 5) Küstengebiet 0,0° bis +1,0°C.
- 6) Norden 70 % bis 140 %, Nordwesten 130 % bis 230 %.

## 3. Zahl der Kalender-, Werk-, Sonn- und Feiertage

Monat	Kalendertage	Werktage		Sonn- und Feiertage <sup>1)</sup>
		insgesamt <sup>1)</sup>	darunter Sonnabende	
Januar	31	25 (24)	4	6 (7)
Februar	28	24	4	4
März	31	27	4	4
1. Vierteljahr 1966	90	76 (75)	12	14 (15)

- 1) Eingeklammerte Zahlen für Baden-Württemberg und Bayern, wo 6. Januar (Hl. drei Könige) gesetzlicher Feiertag ist.